

die Herstellung derselben ganz auf fürstlichem Gebiete und nur auf Kosten der hochfürstlichen Renten geschehe.

Die Regierung schlägt vor, daß der erste Straßentheil von der Gemeinde Triesenberg erstellt werde; denn diese Gemeinde besitzt unter allen Gemeinden am meisten ruhende Arbeitskräfte, sie ist mit keinem Gemeinwerke belastet, sie kann das Material leicht und billig beschaffen und sie selbst zieht den größten Vortheil aus der Straße. Dafür sei ihr aus dem Landesfonde ein Unterstützungsbeitrag von 5000 Gulden in 4 Jahresraten vom Jahre 1864 angefangen zu bewilligen, nebstbei sei aber auch der Ankauf des zum Straßenbaue nothwendigen Privatbodens innerhalb der Strecke von der Landesstraße bis an die Triesenberger-Gemeindegränze durch die Regierung vorzunehmen, und der sich ergebende auf 700 Gulden präliminirte Grundeinlösungsbetrag noch separat aus der Landeskasse zu berichtigen.

Die Herstellung der Strecke außerhalb des Steinorts bis auf den Gulmen wäre dann die Pflicht der alpbesitzenden Gemeinden, wobei Triesenberg natürlich nach dem oben angedeuteten Repartitionsmaßstabe gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen werden würde.

Rücksichtlich dieser Straßenstrecke bliebe es dem zu erzielenden Uebereinkommen zwischen den betreffenden Alpvögten und Ortsvorständen, beziehungsweise der behördlichen Entscheidung vorbehalten, in welcher Weise die Ausführung des Straßenbaues nach der Anleitung des Landestechnikers durch die konkurrenzpflichtigen Partheien zu geschehen habe.

In Betreff des Straßenzuges jenseits des Gulmen bis zum Saminabache ist endlich die Regierung gewillt, gleich bei Vorlage des ganzen Straßenprojektes mit Bezugnahme auf die zu gewärtigenden einschlägigen Landtagsbeschlüsse bei Sr. Durchlaucht die höchste Genehmigung zur unentgeltlichen Ueberlassung des benöthigten Bodens der Alp Süca sowie zur Ausführung des Straßenbaues auf Rechnung der fürstlichen Renten zu erwirken."

Konform mit dem Regierungsvorschlage über die einzutretende Konkurrenz beim Straßenbaue käme dann im Weitern die Frage wegen der künftigen Erhaltung dieser Straße zu behandeln. Hiernach sollten:

a. auch die Strecke von der Rütigasse bis zum Steinort auf Landeskosten Wegmacher angestellt und Schottermateriale erzeugt, letzteres dagegen von der Gemeinde Triesenberg unentgeltlich zugeführt werden;

b. außer dem Steinorte bis auf den Gulmen wäre die Instandhaltung der Fahrbahn nach den behördlichen Anordnungen den alpbesitzenden Gemeinden zur Pflicht zu machen; endlich

c. die Strecke auf f. Gebiete jenseits des Gulmen würde vom f. Alpeigenthümer unterhalten werden.

Indem wir vorläufig mit diesem Auszuge abschließen, behalten wir uns vor, über die Anträge der Landtagskommission und die Beschlüsse u. Verhandlungen im Landtage baldigst weiteren Bericht zu erstatten.

Deutschland.

Liechtenstein. Vaduz, 13. Jänner. (Kurze politische Rundschau.) Die hoffnungsvolle Stimmung, welche im Beginne des Monats die deutsche Nation durchwehte, ist im Niedergange; Sorge erfüllt die deutschen Gemüther angesichts der sonderbaren Politik unserer Großmächte. Man wittert in der so großartigen Bewegung des deutschen Volkes Umsturzgedanken, die angeblich im Keime erstickt werden müssen. Es hatte den Anschein, daß endlich einmal das nationale Wohl, das Volksinteresse ausschließlich und allein den Ausschlag geben werde in der Politik der deutschen Regierungen; allein eigenthümliche Sonderbestrebungen und beklagenswerthe Rücksichten auf das Ausland trüben die kaum eröffneten Ausichten. Möchte es besser kommen, als wir in unserer heutigen Stimmung erwarten können. Die größte Hoffnung setzen wir noch auf die Mittelstaaten (Baiern, Sachsen u.); wenn diese ihrer nationalen Politik treu bleiben, so mag sich die schleswig-holsteinische Sache noch glücklich fügen. Man sagt, diese Staaten würden zum Aeußersten greifen, ja selbst ein Parlament einberufen, falls Oestreich und Preußen auf ihrer jetzigen Politik beharren. Mit einer aufrichtig volksthümlichen Politik dürften die Mittelstaaten bedeutendere und nachhaltigere Erfolge erringen, als andere Mächte mit Bayonnetten und Kanonen.

Herzog Friedrich ist in Holstein, vorläufig als Privatmann. Die Mehrheit des Bundestages lehnte es ab, den erbberechtigten, von seinem Volke erkorenen Fürsten aus seinem Lande zu weisen, wie Oestreich, Preußen und Mecklenburg beantragt hatten. — Deutsche und dänische Soldaten stehen sich auf Bayonnettlänge an der Eider gegenüber und stündlich ist der Beginn des blutigen Tanzes zu erwarten. — Beim Centralausschuß für Schleswig-Holstein in Frankfurt sind bereits 110,000 fl. eingegangen. — England wiederholt seine plumpen Drohungen am Bunde; solche papierne Gespenster schrecken aber kein Kind, seit man an der polnischen Frage gelernt hat, was dahinter steckt. — Erzherzog Max geht nach Mexiko, ohne auf die Volksabstimmung zu warten. — Es sei völlig erfunden, daß sich die Italiener zum Kriege gegen Oestreich vorbereiten. — Der König von Dänemark begibt sich in den Schutz der Armee nach Schleswig, seit ihm die demokratischen Launen des Böbels von Kopenhagen klarer geworden sind. — Rußland feiert die Unterjochung Polens und votirt den Henkern dieses unglücklichen Landes den Dank des Vaterlandes.

Landtagsverhandlungen. Sitzung am 7. Jänner. Vorerst wurden die eingelaufenen Schriftstücke zur Kenntniß der Versammlung gebracht. Darunter sind erwähnenswerth: der mit Oestreich unterhandelte Zoll- und Steuervertrag, der Bauplan zu einer Straße auf den Triesenberg, und die Forderung von fl. 900 zum Frankfurter Bundestag. Im Betreff letzterer sucht die f. Regierung die Bewilligung der Auszahlung nach, sowie um die Genehmigung überhaupt, daß sie bis zur Vollendung des Budget pro 1864 mit der Begleichung der nothwendigsten Ausgaben nach Maßgabe des Budget pro 1862 und pro 1864 vorgehen dürfe. Es sei wünschens-